

Die voigtl. Vereins-
blätter erscheinen
wöchentlich 2 mal und
zwar Mittwochs
und Sonnabends.

Voigtländische

Subscriptionspreis
6 ngr. für das Viertel-
jahr. Insertions-
gebühren werden bil-
lig berechnet.

Vereinsblätter

aus dem Volke für das Volk.

Redaction, Druck und Verlag von Aug. Wieprecht.

Verordnung

an innenbemerkte Obrigkeiten, das Schneeauswerfen und die Absteckung der Winterbahn betreffend.

Die unterzeichnete Amtshauptmannschaft hat wahrzunehmen gehabt, daß viele Gemeinden im Voigtlande gegenwärtigen Winter die gesetzlichen Vorschriften über das Schneeauswerfen und die Absteckung der Winterbahn auf den Communicationswegen unerfüllt gelassen haben.

Nach Vorschrift von Cap. 1. §. 6 des Straßenbaumanbats soll, wenn zu Winterszeit der Schnee in hohlen Wegen oder sonst auf der Straße die Passage verhindert, jede Commune für dessen Auswerfung und Wegschaffung, so weit die Flur derselben geht, Sorge tragen und solche ohne Aufschub bewerkstelligen, wobei sie nöthigenfalls von benachbarten Communen auf Anordnung der Straßenbau-Commission Beihilfe zu erwarten hat.

Ferner haben nach derselben gesetzlichen Bestimmung die Gemeinden bei großem Schnee und wenn die hohlen Wege gar nicht passirlich zu machen sind, die Winterbahn über ihre Felder unweigerlich zu dulden und müssen alsdann sowohl zu möglichster Verminderung des daraus für die Saaten entspringenden Schadens, als auch zu Verhütung der wegen naher Leiche oder Abgründe zu besorgenden Gefahr, diese Bahn selbst an den schicklichsten Orten mit Stangen abzustecken.

Auf die Fluren der Rittergüter lassen diese Bestimmungen analoge Anwendung.

Die Gensdarmen und die Amtsstraßenmeister im voigtländischen Kreise sind nun zwar von der unten genannten Amtshauptmannschaft wiederholt angewiesen worden, ihren Dienstinstructionen gemäß streng auf die Erfüllung obiger Gesetzesvorschriften zu achten, die Verpflichteten, da nöthig, ernstlich daran zu erinnern, und diejenigen derselben, welche sich dessenungeachtet säumig und nachlässig bezeigen werden, ohne alle Rücksicht den competenten Behörden zu Einleitung weiterer Maaßregeln sofort namhaft zu machen.

Da es jedoch diesen Beamten bei den ihnen außerdem obliegenden Dienstverrichtungen nicht immer möglich ist, während des gegenwärtigen, durch außerordentliche Schneewehen so reichen Winters überall rechtzeitig amtlich einzuschreiten, so werden die sämtlichen Gemeindeobrigkeiten des Voigtlandes und hinsichtlich der, in Bezug auf Polizeiverwaltung mit Landgemeinden nicht verbundenen Rittergüter die Kön. Justizämter zu Plauen, Voigtsberg und Adorf, sowie das Königl. Gericht zu Auerbach hiermit angewiesen, nicht nur den ihrer Polizeigerichtsbarkeit untergebenen Gemeinden und resp. Ritterguthsherrschaften die in §. 6. des Straßenbaumanbats enthaltenen obaufgeführten Bestimmungen, unter Androhung einer nach Befinden zu erhöhenden Geldstrafe von 5 Thlr. für jeden Unterlassungsfall, nochmals einzuschärfen, sondern auch, Falls und so weit sie sich in der Erfüllung der ihnen danach obliegenden Leistungen in irgend einer Weise nachlässig oder säumig bezeigen sollten, die zu Herstellung der Communicationen und Absteckung der Winterbahnen erforderlichen Vorkehrungen sofort auf Kosten der Säumigen durch gedungene Lohnarbeiter treffen und den dadurch entstehenden Aufwand nebst der verwirkten Geldstrafe von jenen executivisch betreiben zu lassen.

Plauen, am 30. Januar 1850.

Königliche Amtshauptmannschaft das.

In einstweiliger Verwaltung:

Sperber.

Die neue Regierungsvorlage über das Versammlungs- und Vereinsrecht.

Mittels Dekrets vom 17. Jan. ist ein neuer Gesetz-Entwurf der Regierung über das Versammlungs- und Vereinsrecht bei den Kammern eingelaufen, welcher sich den Entwürfen zu einem Wahlgesetze würdig an die Seite stellt. Wir theilen daraus Folgendes mit: Die

Zusammenberufung von Versammlungen, in welchen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen, ist wenigstens 24 Stunden vorher mit Angabe von Zeit, Ort und Zweck schriftlich der Polizeibehörde anzuzeigen, der Beamte hat dann eine schriftliche Bescheinigung auszustellen. Unter den Unterzeichnern der Anzeige muß sich mindestens ein Gemeindeglied des Ortes befinden, wo die Versammlungen abgehalten werden soll.

Versammlungen, deren Zweck es ist, zu Geschübertretungen und unsittlichen Handlungen aufzufordern oder doch dazu geneigt zu machen, sind verboten. Die Polizeibehörde ist befugt, in jede Versammlung einen oder zwei Beauftragte zu senden, denen ein von ihnen als für sie geeignet bezeichneter Platz einzuräumen ist. Den von den Polizeibeamten über etwaige Vorgänge der Versammlung aufgenommenen Protocollen kommt die Kraft amtlicher Mittheilungen zu. Die Leiter und Ordner einer Versammlung haben darauf zu sehen, daß Niemand gesetzwidrige Anträge stelle oder sich ungeziemender Ausdrücke bediene, unterlassen sie, solche Uebertretungen zu rügen und zurückzuweisen, so kann der Polizeibeamte den betreffenden Personen das Wort entziehen und nöthigenfalls die Versammlung auflösen. Alle Anwesende haben dann den Ort zu verlassen. Im Falle des Ungehorsams wird die bewaffnete Macht herbeigezogen. Niemand außer den Polizeibeamten darf bewaffnet erscheinen. Während des Landtages dürfen innerhalb zweier Meilen von dem Orte desselben Versammlungen unter freiem Himmel nicht stattfinden. Zum Gottesdienste dienende Gebäude dürfen niemals zur Abhaltung politischer Versammlungen eingeräumt werden. Was nun die Vereine betrifft, so muß jeder Verein, dessen Zweck sich auf öffentliche Angelegenheiten bezieht, Statuten entwerfen. Nach Constituirung hat er innerhalb 30 Tagen seine Beamten der Polizeibehörde anzuzeigen. Von jeder Versammlung, sofern sie nicht an dem im Statut bestimmten Tage und Orte stattfindet, ist wenigstens 24 Stunden vorher Anzeige zu machen. Zur Stiftung und zur Theilnahme an politischen Vereinen sind nur dispositionsfähige (würdige) Personen berechtigt und dürfen nur solche zugelassen werden. Kein Verein darf nach Außen hin als Körperschaft auftreten und Zweigvereine bilden, sofern er nicht vom Staat dazu befugt ist. Vereine, welche gesetzwidrige Zwecke verfolgen oder sonstigen Bestimmungen zuwiderhandeln, sind aufzulösen; nicht bloß die Leiter, sondern alle Vereinsmitglieder sind für vorkommende Gesetzwidrigkeiten verantwortlich. Abtheilungen der Communalgarde als solchen ist sich zu versammeln und zu vereinigen verboten; ebenso ist den Gliedern der Armee untersagt, an politischen Vereinen Theil zu nehmen. Bei Uebertretungen werden die Soldaten nach dem Militairstrafgesetzbuche belangt, die Leiter von Versammlungen und Vereinen können mit einer Geldstrafe von 5—100 Thlr. oder achtägigem bis sechsmonatlichem Gefängniß belegt werden, dieselbe Strafe trifft solche, welche bei einer Auflösung sich nicht sofort entfernen, welche

die Polizeibeamten in ihren Functionen hindern, zur Bewaffnung u. dgl. auffordern, oder selbst bewaffnet erscheinen.

Dies ist der Hauptinhalt der neuen Gesetzesvotlage. Die Leiter von Versammlungen und Vereinen werden mit der härtesten Strafe bedroht, damit Niemand mehr zum Vorstand, zum Leiter sich hergeben soll. — Besser und aufrichtiger wäre es gewesen, wenn man gleich offen gesagt hätte: Wir wollen keine Vereine mehr. — O ihr weisen Herren, ihr wißt nicht, welches Unheil ihr dadurch euch selbst bereitet. — Nur zu so. Deffentlich wird man sich nicht mehr versammeln, aber eine heilige Behme wird am Ende wieder erstehen. —

Etwas über Hochverrath.

Ein Jeder, welcher sich gegen die bestehende, von dem Volke oder von dessen Mehrheit anerkannte Staatsgewalt auflehnt, hat das äußere Recht verletzt und ist strafbar. Wer also die Fahne der Empörung aufpflanzt, muß wissen, daß er im Falle des Mißlingens die gesetzliche Strafe zu gewärtigen hat. Auch seine Anhänger sind mehr oder minder straffällig, als Miturheber oder als Gehülfen. Ein Anderes dürfte es aber sein, wenn die Zahl dieser Anhänger so groß geworden, daß eine aufrichtige Vermuthung der Nationalzustimmung dadurch begründet werden kann, oder mindestens die Spaltung der Nation in zwei feindselige Partheien daraus hervorgeht. In diesem, so wie in dem Fall, wo vielleicht die ganze Nation für eine heilige Sache aufsteht und nur die Umgebungen der Machthaber auf der andern Seite stehen, verwandelt sich der Aufruhr in Bürgerkrieg, das Recht ist zweifelhaft geworden und erscheint — wie bei den Kriegen zwischen einzelnen Staaten — anheimgegeben der Entscheidung durch Gottesgericht. In solcher Voraussetzung konnte jeder Bürger, nach seinem guten Glauben, der einen oder der andern Parthei sich beigesellen (ja nach dem Ausspruche des weisesten der Gesetzgeber, Solons, war er sogar schuldig, ein solches zu thun) und weder Vorwurf noch Strafe kann ihn mehr treffen, was immer der Ausgang des Kampfes sei. Es giebt dann nur noch Sieger und Besiegte, nicht aber Pflichtgetreue und Verbrecher.

Dies zur Beherzigung für Jedermann, der noch ein Herz im Leibe hat.

Tagesgeschichte.

Dresden den 29. Jan. Von den Kammerverhandlungen kann man immer noch nichts Erfreuliches mel-

den. Drum ist es am besten, wir schweigen lieber darüber, und unterdrücken unsern Unwillen.

In Leipzig fand am 27. Januar eine von Männern und Frauen stark besuchte Versammlung in dem benachbarten Volkmarisdorf statt, in welcher über die Gründung einer freien Gemeinde sich besprochen wurde. D. Douai aus Altenburg wohnte dieser Versammlung bei.

In Berlin ist die in diesen Blättern schon besprochene königliche Botschaft vom 7. Januar von den Kammern angenommen worden. Diese Kammern werden, wenn ihnen noch derbere Fußtritte versetzt werden, mit den Machthabern nicht brechen. Die erste Kammer in Preußen wird also künftig bestehen:

1. aus den mündigen Prinzen des königl. Hauses,
2. aus den Häuptern der reichsständischen Häuser,
3. aus den Erwählten der Höchstbesteuerten,
4. aus den Abgeordneten der großen Städte.

Ein Bollwerk wird diese Kammer sein gegen die Forderungen des Volkes. Was aber dann geschieht, wenn die Geduldssprobe des Volkes aufs Höchste gespannt worden, das wissen die Götter!

Die Wahlen zum Erfurter Parlament werden ungeheuer lau betrieben. Nur Geheim- und andere Rätke, Geldsäcke und die Bedienten derselben wählen.

In München ist ein reactionäres Vereinsgesetz von den Kammern angenommen worden. Gute Vorbedeutung für Sachsen, dessen politische Vereine auch die Aussicht haben, von der Polizei überwacht, und von irgend einem Polizeidiener, der nichts von der Sache versteht und oft nicht weiß, was gesprochen worden ist, aufgelöst werden können.

In Paris hat am 21. Jan. die Nationalversammlung über die Abführung der Junigefangenen nach Algier verathen. An demselben Tage fand einst die Hinrichtung Ludwig des XVI. statt. Vergebens rief La-grange der Mehrheit der Versammlung zu, das Volk würde sie einst fragen: Kain, was hast du deinem Bruder gethan.

In London ist große Aufregung über die von Rußland bei der englischen Bank gemachten Anleihe. In ganz England werden Volks-Versammlungen gehalten, in welchen stark und entschieden gegen diese Anleihe sich ausgesprochen wird, die England seinem Erbfeinde und dem Feinde der Freiheit zu einem Kriege leiht.

Gedankenspäne.

An und für die Redaction. Ein guter Rath kostet bekanntlich 10 Neugroschen. Da ich nun der Redaction in Folgendem zweimal einen guten Rath gebe, so könnte ich 20 Neugroschen berechnen. Aber

ich bin ebenso bescheiden als uneigennützig und wünsche nur, daß die Redaction meinen Rath aufnehmen und gut aufnehmen möge.

No. 1.

Als die Vereinsblätter in das Leben eintraten, hieß es im Vorworte: Angriffe auf das Privatleben können nur dann aufgenommen werden, wenn der Verfasser seinen Namen abdrucken läßt. An diesem Grundsatz hielt der ehemalige Redaktionsausschuß jederzeit fest. Und als man von einer Nachbarstadt dem Blatte anonyme Ausfälle auf Persönlichkeiten octroyiren wollte, da wurde der Abdruck beharrlich verweigert und wiederholt in No. 9 des vorigen Jahrgangs erklärt: Angriffe auf das Privatleben werden nur aufgenommen, wenn der Angreifende seinen Namen unter das Inserat drucken läßt. Denn nur der offene Angriff ist ein ehrlicher. An diesen Grundsatz zu erinnern, veranlaßt mich die Charade des letzten Blattes. Ist es mit diesem Grundsatz zu vereinigen, daß diese Charade nicht mit dem Namen des Verfassers abgedruckt ist? Ich bin fest überzeugt, daß auch die jetzige Redaction an jenem Grundsatz, der eine Forderung der Moral ist, festhalten will und daß sie sich bezüglich dieser Charade nur einmal — um mich hochdeutsch auszudrücken — verpumpt hat. Darum rathe ich ihr, in diesem Punkte künftighin recht vorsichtig zu sein. Ich rathe ihr dies sowohl nicht im Interesse des Angegriffenen — denn er steht mir ganz fern — als vielmehr im Interesse des Blattes. Ich wünsche, daß das Blatt seinen Feinden d. h. denjenigen, welchen jeder freisinnige Gedanke ein Gräuel ist, nie gerechten Grund zu Angriffen geben möge. *

No. 2.

Nichts ist dem Leser fataler als die zwei Worte: Fortsetzung folgt. Ist etwas, was man genießt, von gutem Spiritus, so will man nicht nippen, sondern einen tüchtigen Zug thun und gründlich genießen. Die Reige, die stehen bleibt, ist schal, wie alles Uebernächliche. Wenn daher wieder etwas Gediegenes mitgetheilt werden soll, z. B. eine Rede von Joseph und seinen Brüdern, so mag die Redaction den Lesern sogleich das Ganze geben und alles Andere, Tagesgeschichte, Späne n. dgl. zurückschieben. Reicht ein halber Bogen nicht, so gebe sie uns mit einem Male und einem ganzen Bogen zwei Nummern. Ein solcher halber oder ganzer Bogen, der etwas Gediegenes vollständig enthält, würde dann auch gern von solchen angekauft werden, die das Blatt nicht halten. **

* Hätte man nicht besser gethan, diesen Rath zurückzuhalten, bis nach erfolgter Auflösung der Charade? d. Red.

** Diesem Wunsche wird man soviel als möglich nachzukommen suchen. Wenn nur auch die Herren Mitarbeiter den Wunsch der Redaction zu erfüllen suchten und recht fleißig wenigstens kleinere Arbeiten liefern wollten.

Das Staatsministerium des Kriegs in München hat an sämtliche Regiments- und Bataillonscommandos die Verfügung erlassen:

„es sei mit großem Mißfallen wahrgenommen worden, daß in verschiedenen Regimentern Unterofficiere sich mit Lesen demokratischer Blätter und Schriften sowie damit beschäftigen, die so eingesaugten schlimmen Grundsätze unter die Soldaten zu verbreiten. Sämtliche Officiere werden bei Ehre und Pflicht aufgefordert, dieses Treiben strengstens zu überwachen und zu versuchen, die dergleichen Umtrieben sich hingebenden Unterofficiere auf gütlichem Wege hiervon abzubringen. Jene Unterofficiere, welche auf solchen Irrwegen betroffen werden, müssen verzeichnet und dürfen nicht befördert, auch zur Beförderung nicht vorgeschlagen werden.“ s. Leipz. Zeit. No. 27.

Die Redacteurs der „Fackel“, der „freimüthigen Sachsenzeitung“ und ähnlicher Blätter könnten diese Verfügung benutzen und dem Kriegsministerium zu München Exemplare ihrer Blätter mit der gehörigen Empfehlung zur hochgeneigten Durchsicht übersenden. Ein guter Absatz, den sie in Sachsen zur Zeit noch vergebens suchen, wird nicht fehlen. Der Voigtländische Anzeiger, der Bote aus den Voigtlande könnten dabei auch noch profitiren. Vielleicht ließe sich mit einem neuen Blatte, einer „anti-demokratischen Soldatenzeitung“ ein lucratives Geschäft machen.

Neulich ließ ich mir aus einer Materialhandlung einen Gegenstand holen. Derselbe war eingewickelt in No. 48 der „Fackel.“ Vor weiterer sachgemäßer Verwendung dieses Blattes fiel mein Blick zufällig auf den darin befindlichen Artikel, überschrieben: „der Voigtländer“ in der Rocktasche oder die „überlisteten Helfershelfer der Reaction,“ worin es unter Anderem heißt: es sei möglich, daß diese Nummer des Voigtländers, die nämlich, in welcher die Geschichte von den reactionären Helfershelfern zu lesen — als Pfefferdüte oder Häringepapier in der ganze Auflage schon vergriffen hätte. Ich konnte mich des Lachens nicht enthalten und dachte: Fackel, Fackel, du angebliches Oppositionsblatt gegen Lüge und Unverstand, du hast dich Lügen gestraft und würdest, um den angeblichen Schicksale des „Voigtländers“ — deinen, wie figura gezeigt hat, gewissen Schicksale zu entgehen, wohl daran thun, deinen Abonnenten es zur Bedingung zu machen, daß sie dich nicht als Makulatur verkaufen oder verwenden und ihnen in dieser Beziehung etwas weniger Deconomie anzuempfehlen.

Herr Redacteur!

Mit Freuden vernahm ich im vergangenen Herbst,

daß mir die Bierschänker bloß sieben Pfennige für die Kanne Bier abforderten, und ich dachte: es sind doch recht humane Leute, daß sie jetzt bei dem niederen Gerstenpreise auch mit dem Bierpreise etwas herabgehen. Denke Er sich aber den spanischen Schrecken, den ich gestern hatte. Als ich nämlich früh eine Kanne Bier trinken will, lege ich wie gewöhnlich, meine 7 Pfennige auf den Tisch. Der Wirth fragt sogleich, ob ich den Voigtländischen Anzeiger nicht gelesen und darin nicht gefunden habe, daß die Kanne Bier von heute an 8 Pfennige kostet. Ich legte ruhig meinen Pfennig hin mit dem Vorsatze, Ihn, Herr Redacteur, zu fragen, ob denn wirklich der Voigtländische Anzeiger (den ich nicht lese) die Schuld trägt, daß die Kanne Bier 8 Pfennige kostet? In seinem letzten Blatte hatte einer so einen Kladderatsch gebracht, ich konnte aber nicht daraus klug werden; er sagte etwas von einer begnadigten Brau-Ordnung, Bayrischem und Dorfbier, von Recht und Nichtrecht, und so weiter. Und weil ich nun einmal weiß, daß Er mit mir übereinstimmt, sich um alles bekümmert und namentlich ein gut Glas Bier lieber trinkt als ein schlechtes, so thue er doch den Vorschlag, daß dem, welcher bayrisches Bier fabriciren will, dies gestattet sei, damit wir etwas Theures aufzuweisen haben. Wer Dorfbier brauen will, den laßt es brauen, wenn nur die Stadt nicht zu kurz kommt. Wer ein gutes Plauisches anfertigen will, den laßt es anfertigen, bekümmert euch nicht um Preis oder sonst etwas, wie im vorigen Stück der Kladderatscher, den wird sich jeder selbst machen.

Mit den Rechten ist es auch so eine Sache. Denke Er sich nur, sonst mußte ein brauberechtigtes Haus doppelte Einquartierung halten, doppelte Steuern und Abgaben bezahlen und so weiter, wie ist's jetzt? die Last ist weg, das Recht geblieben.

Nun ich Sorge mich nicht, Er wird es ihnen schon sagen, und gewiß darauf aufmerksam machen, daß alle die Weinverzehrer, Spiritusversilberer, Bayrisch und Dorfbiervertilger nichts zur Stadtkasse beitragen, sondern nur die den in Plauen fabricirten Gerstensaft Genießenden.

Vergiß Er nichts, und wenn es Ihm recht ist, so kann ich wieder einmal an Ihn schreiben, unter dieser Zeit schleift mir mein Better meinen Hobel.

Kirchliche Anzeige.

Am Sonntage Septuagesimä (Mariä Reinigung) predigt Vormitt. Herr Sup. Beyer und Nachm. Herr Stadtdiacon. Schweinig.

Künftige Mittwoch, den 6. Februar um 12 Uhr, soll der rechte Theil meines Felsenkellers, an Ort und Stelle, an den Meistbietenden auf 1 Jahr verpachtet werden.

Plauen, den 1. Febr. 1850. August Ebert.

Auf S. 35 der letzten Nummer d. Bl. ist statt der Worte: und als Auslegungsquelle adoptirt worden ist zu lesen und als Auslegungsquelle nicht adoptirt worden ist.